

Entwurf Stand 12.09.06

Grobkonzept Öffentlichkeitsbeteiligung
bei der Aufstellung von Bewirtschaftungsplänen
und Strategische Umweltprüfung
bei der Aufstellung von Maßnahmenprogrammen
nach der EG-Wasserrahmenrichtlinie

Anforderungen der WRRL, des LWG und des UVP-Rechts

Umsetzung in Schleswig-Holstein bzw. in der Flussgebietsgemeinschaft Elbe

1. Einleitung / Zusammenfassung

In Umsetzung der EG-Wasserrahmenrichtlinie fordert das Landeswassergesetz ausdrücklich die Information, Beteiligung und Anhörung der Öffentlichkeit im gesamten Prozess der planerischen und praktischen Umsetzung der WRRL.

Öffentliche Beteiligung ist durch das in Schleswig-Holstein eingeführte Beteiligungsmodell in vorbildlicher Weise gewährleistet. In den Flussgebietsbeiräten und in den Arbeitsgruppen der Bearbeitungsgebiete sind wichtige gesellschaftliche Interessenvertreter in den Planungsprozess eingebunden.

Die Landesregierung wirbt für die aktive Beteiligung der Bevölkerung an der WRRL über Aktionen und Projekte einer begleitenden Öffentlichkeitsarbeit. Diese Öffentlichkeitsarbeit ist nicht Thema dieses Grobkonzepts.

In Umsetzung der EG-Wasserrahmenrichtlinie fordert das Landeswassergesetz darüber hinaus turnusmäßige Anhörungsverfahren in den drei Phasen des Planungsprozesses:

- Ende 2006 über den Zeitplan und das Arbeitsprogramm zur Aufstellung des Bewirtschaftungsplans, einschließlich einer Erklärung über die vorgesehenen Anhörungsmaßnahmen
- Ende 2007 über die für die Flussgebietseinheiten festgestellten wichtigen Wasserbewirtschaftungsfragen
- Ende 2008 über die Entwürfe der Bewirtschaftungspläne.

Die Maßnahmenprogramme nach Artikel 11 WRRL fallen außerdem nach § 14 b Abs. 1 Nr. 1 i. V. m. Anlage 3 Nr. 1.4 UVPG unter die Begriffsbestimmung „Pläne und Programme“ und unterliegen daher einer Strategischen Umweltprüfung (SUP).

Der von der WRRL und dem LWG vorgegebene Zeitplan und Umfang der Anhörungen wird in Schleswig-Holstein und in der Flussgebietseinheit Elbe eins zu eins umgesetzt. Die SUP zu den Maßnahmenprogrammen wird parallel zu den Anhörungen über die Bewirtschaftungspläne durchgeführt.

Soweit möglich werden für die Anhörungsverfahren elektronische Medien genutzt, um Stellungnahmen zu erleichtern und Bearbeitungsvorgänge schnell und kostengünstig abzuwickeln.

Stellungnahmen werden nur bei einer Zentralstelle in der Flussgebietsbehörde (MLUR) entgegengenommen und von dort an die Teilprojekte bzw. übergeordneten Stellen weitergegeben. Die Flussgebietsbehörde koordiniert die Bearbeitung der Stellungnahmen.

2. Erarbeitung dieses Grobkonzepts

Dieses Grobkonzept mit den Anhängen wurde im Juni 2006 mit den Teilprojektleitern und der Flussgebietsgemeinschaft Elbe abgestimmt und in der 31. Sitzung der Projektgruppe WRRL am 28.08.2006 verabschiedet.

Weitere vorgesehene Arbeitsschritte:

- Vorstellung in den Beiräten Eider, Schlei / Trave und Tideelbe am 12.09.2006
- Befassung in den Arbeitsgruppen im Oktober 2006
- ggf. Überarbeitung
- Übertragung wesentlicher Passagen in eine Kabinettsvorlage „Sachstandsbericht, Monitoringprogramm und Anhörungsverfahren WRRL“ (Arbeitstitel), Kabinettsbefassung November 2006.

3. Rechtsgrundlagen und Folgerungen

Rechtsgrundlagen für die Durchführung der Anhörungsverfahren:

- Richtlinie 2000/60/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2000 (WRRL)
- Wasserhaushaltsgesetz
- Landeswassergesetz
- UVP-Gesetz; LUVG-Gesetz

Die relevanten Passagen sind im Anhang 1 dokumentiert.

Als weiteres wesentliches, aber nicht rechtsverbindliches Dokument ist der CIS-Leitfaden „zur Beteiligung der Öffentlichkeit in Bezug auf die Wasserrahmenrichtlinie“ zu nennen.

Die zentrale Vorschrift der WRRL zur Beteiligung der Öffentlichkeit ist Artikel 14 im Zusammenhang mit der Präambel. In Umsetzung der WRRL sieht das Landeswassergesetz drei Formen der Einbeziehung der Öffentlichkeit vor:

1. Aktive Beteiligung bei allen Aspekten der Umsetzung der Richtlinie, insbesondere im Planungsprozess
2. Zugang zu Hintergrundinformationen (auf Antrag)
3. Anhörungen in drei Phasen des Planungsprozesses

Anhörung bedeutet, dass die Öffentlichkeit auf die von den Behörden entwickelten Pläne und Vorschläge reagieren kann. Dagegen bedeutet aktive Beteiligung, dass Interessierte durch die Erörterung von Problemen und durch Beiträge zu ihrer Lösung aktiv am Planungsprozess mitwirken.

In Schleswig-Holstein werden alle relevanten Dokumente in den drei WRRL-Beiräten vorgestellt, in den 33 WRRL-Arbeitsgruppen gibt es für alle Interessengruppen die Möglichkeit, sich an der Bearbeitung der Dokumente zu beteiligen. Darüber hinaus ist der Zugang zu Hintergrundinformationen durch das Internetangebot www.wasser.sh gewährleistet. Anders als bei der aktiven Beteiligung ist die Anhörung erst möglich, wenn Planentwürfe und andere Dokumente ausgearbeitet wurden. Doch ermöglicht die Anhörung, im Gegensatz zur aktiven Beteiligung, die notwendigerweise selektiv ist, jeden Interessierten in die Entscheidungsfindung einzubinden.

Mit der formalen Anhörung wird keine Mitwirkung an Entscheidungen eingeräumt, und die Behörden unterliegen keiner formellen Verpflichtung, sich die Ansichten der Öffentlichkeit zu Eigen zu machen. Sie müssen sich aber mit den geäußerten Meinungen auseinandersetzen (vgl. Anhang VII A Nr. 9 WRRL). Der Bewirtschaftungsplan ebenso wie das Maßnahmenprogramm ist lediglich behördenintern verbindlich, hat also keine Rechtsaktqualität. Mögliche Betroffene können sich aber bei der Umsetzung der Maßnahmen im Einzelfall gerichtlich wehren oder verfügen aufgrund besonderer Verfahrensarten (z.B. in Planfeststellungsverfahren) über entsprechend einklagbare Beteiligungsrechte oder auch materielle Rechtspositionen.

Grundsätzlich gibt es zwei Formen der Anhörung:

- die schriftliche Anhörung, bei der um schriftliche Stellungnahmen zu vorgeschlagenen Analysen oder Maßnahmen gebeten wird (dies kann die Verwendung des Internets einschließen);
- die mündliche Anhörung, bei der die Konsultation in Interviews, Workshops oder Konferenzen erfolgt. Bei diesen Treffen werden wichtige Themen vorgestellt und die eingeladenen Interessengruppen werden (in kleinen Gruppen) aufgefordert, ihre Auffassungen, Kenntnisse und Vorstellungen zu bestimmten Aspekten darzulegen.

Die schriftliche Anhörung ist die Mindestanforderung nach § 132 LWG. Da die Information, Beteiligung und Anhörung der Öffentlichkeit nicht mit der formalisierten Öffentlichkeitsbeteiligung nach Landesverwaltungs-gesetz/VwVfG gleichzusetzen ist (es ist kein Erörterungstermin erforderlich; ein Klagerecht gegen den Bewirtschaftungsplan bzw. sein Zustandekommen ist aus der WRRL ebenfalls nicht abzuleiten), kann auf mündliche Anhörungen verzichtet werden.

Nach Landeswassergesetz müssen die Stellungnahmen aus der Öffentlichkeit schriftlich erfolgen, d. h. entweder in Papierform, per Post oder per E-Mail oder zur Niederschrift bei der Flussgebietsbehörde (§ 132 Abs. 4 LWG).

Für Stellungnahmen, die per E-Mail eingehen, sollten folgende Mindestanforderungen gelten:

1. Name und Vorname des Einwenders bzw. Name und Sitz bei juristischen Personen
2. Anschrift
3. Datum der Stellungnahme.

Eine elektronische Signatur ist aus den o.g. Gründen nicht erforderlich.

4. Zeitplan und Durchführung der Anhörungen

Für die formale Öffentlichkeitsbeteiligung ist in Schleswig-Holstein folgender Zeitplan vorgesehen:

Aufgabe	Frist
Veröffentlichung des Arbeitsprogramms für die Aufstellung des Bewirtschaftungsplans, einschließlich eines Zeitplans	22. Dezember 2006
Stellungnahme der Öffentlichkeit zum Arbeitsprogramm und zum Zeitplan	22. Juni 2007
Veröffentlichung eines Überblicks über die wichtigsten Wasserbewirtschaftungsfragen	22. Dezember 2007
Stellungnahme der Öffentlichkeit zu den wichtigsten Bewirtschaftungsfragen	22. Juni 2008
Veröffentlichung des Bewirtschaftungsplanes	22. Dezember 2008
Stellungnahme der Öffentlichkeit zum Entwurf der Bewirtschaftungspläne	22. Juni 2009
Veröffentlichung der Bewirtschaftungspläne	22. Dezember 2009

Die geregelten Fristen sind Maximalfristen und können unterschritten werden. Dies erscheint im Hinblick auf das ehrgeizige Fristenkonzept der WRRL wenig wahrscheinlich, vor allem da jeweils 6 Monate zur Stellungnahme vorgesehen sind (Artikel 14 Abs. 2 WRRL, § 132 Abs. 4 LWG) und die Stellungnahmen ggf. noch eingearbeitet werden müssen. Durch die Behandlung in den Flussgebietsbeiräten und den Bearbeitungsgebiets-Arbeitsgruppen wird schon Vorarbeit geleistet.

Die Reaktion auf die Information und Anhörung der Öffentlichkeit ist gem. Anhang VII A Nr. 9 WRRL im Bewirtschaftungsplan nachvollziehbar darzustellen. Die Richtlinie stellt hier vor allem auf Artikel 14 Abs. 1 Satz 2 ab.

Es muss sichergestellt werden, dass Stellungnahmen, die sich auf Teile der Flussgebietseinheit beziehen, für die eine Behörde regional nicht zuständig ist, an die Koordinierungseinheit und/oder die jeweils regional zuständige Behörde weitergeleitet werden. Gehen viele Stellungnahmen ein, ist es ratsam, diese zu kategorisieren. Entsprechend können Begründungen und Entscheidungen nach Kategorien in einem übersichtlichen Dokument zusammengefasst und veröffentlicht werden.

Die Kommission hat wiederholt auf die Nutzung des Internets verwiesen, dass andere Mitgliedstaaten auch bei größeren Planungsprojekten bereits erfolgreich einsetzen. Mit dem Internet besteht die Chance, die Umsetzung der Richtlinie, die ein komplexer Prozess ist, anschaulich darzustellen. Zudem können die enormen Datenmengen besser visualisiert werden, was eine Verringerung der kostenintensiven und sicherlich unübersichtlichen „Papierexemplare“ beinhaltet. Die zu diesem Zweck in Schleswig-Holstein eingerichtete Plattform www.wasser.sh wird für die Anhörungsverfahren weiterentwickelt und mit den Angeboten der FGG Elbe und der IKSE verknüpft.

5. Ebenen des Anhörungsprozesses

Die zur Anhörung erforderlichen Unterlagen können grundsätzlich auf internationaler Ebene, auf Ebene der FGG, auf Länderebene sowie auf lokaler Ebene ausgelegt werden. Als Mindestlösung ist eine Bekanntmachung im Amtsblatt, eine vollständige Darstellung der Dokumente im Internet sowie eine Auslegung zur Einsichtnahme in der Flussgebietsbehörde ausreichend.

Stellungnahmen und Einwendungen in den Anhörungsverfahren, die Schleswig-Holstein betreffen, könnten an folgende Adressaten gerichtet werden:

- International: die Internationale Kommission zum Schutz der Elbe IKSE (Geschäftsstelle Magdeburg)
- Bundesweit: die Flussgebietsgemeinschaft FGG Elbe (Geschäftsstelle Magdeburg)
- In Schleswig Holstein: die Flussgebietsbehörde MLUR.

Die Bearbeitung der Stellungnahmen erfolgt durch das MLUR und die Teilprojekte.

Zur Koordinierung der Weitergabe und Bearbeitung der Stellungnahmen wird eine Zentralstelle in der Flussgebietsbehörde MLUR eingerichtet. Diese ist über eine eigene Post- und Emailadresse sowie über www.wasser.sh erreichbar.

Es ist selbstverständlich nicht auszuschließen, dass Stellungnahmen irrtümlich an einen falschen Adressaten gerichtet werden, vermutlich vor allem Untere Wasserbehörden, Wasser- und Bodenverbände, Teilprojekte. Über eine breite Bewerbung der Zentralstelle kann dafür gesorgt werden, dass auch solche Stellungnahmen an die Zentralstelle weitergeleitet und berücksichtigt werden (obwohl darauf kein Rechtsanspruch besteht).

Auf den Anhörungsprozess kann mit ergänzenden Informationsmedien hingewiesen werden, um die Beteiligung der Öffentlichkeit an der Anhörung zu steigern. Dies ist die Funktion der begleitenden Öffentlichkeitsarbeit. Parallel wird im deutschen Elberaum von der FGG Elbe (also auch in Schleswig-Holstein) eine begleitende Öffentlichkeitsarbeit zur elbeweiten Anhörung durchgeführt. Diese wird auf die Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung abgestimmt.

In www.wasser.sh werden nur die landesspezifischen Daten und Informationen zur Verfügung gestellt. Internationale Pläne und Unterlagen, die rechtlich relevant sind für die Anhörung der Öffentlichkeit (ein Bewirtschaftungsplan für die gesamte FGG Elbe) werden durch die FGG bzw. die IKSE veröffentlicht und mit den Landesseiten verlinkt.

Der Verweis auf die Dokumente anderer Bundesländer erfolgt durch die FGG Elbe und der zu anderen Staaten durch die IKSE.

Zur Vereinfachung und Abstimmung bei der Bearbeitung der Stellungnahmen bedienen sich die Behörden in Schleswig-Holstein des Extranets in www.wasser.sh. Innerhalb der FGG Elbe ist auf den Aufbau eines solchen Systems hinzuwirken, um die Widerspruchsfreiheit, Nachverfolgung und Dokumentation der überregionalen Stellungnahmen sicher zu stellen.

5.1. Anhörungsverfahren in der Flussgebietseinheit Elbe

Die Ebenen des Anhörungsprozesses werden nach den Planungsebenen gegliedert. In Schleswig-Holstein ist dies für die Flussgebietseinheit Elbe von besonderer Bedeutung.

A Ebene – international

Internationale Anhörungsdokumente werden durch das IKSE-Sekretariat zur Verfügung gestellt. Das IKSE-Sekretariat nimmt Stellungnahmen entgegen und leitet sie ggf. an die zuständige Ebene / Region weiter.

B Ebene – national

Die Flussgebietsgemeinschaft Elbe (Geschäftsstelle Magdeburg) übernimmt in den Anhörungsprozessen folgende Aufgaben:

- Erstellung der überregionalen und für das deutsche Einzugsgebiet der Elbe geltenden Anhörungsdokumente
- Darstellung / Downloadangebote im Internet www.fgg-elbe.de
- Ggf. Präsentation bei einer Auftaktveranstaltung
- Email-Versand an die Bundesländer im Einzugsgebiet der Elbe, den Gewässerbeirat, die Gewässerforen
- Bewerbung des Anhörungsprozesses
- Verteilung der Anhörungsdokumente auf Anfrage
- Entgegennahme von Stellungnahmen, Weiterleitung an die jeweils zuständigen Behörden

C Ebene – Bundesländer: siehe unten

6. Anhörungsverfahren auf C Ebene – Landesebene (Schleswig-Holstein)

Die Bundesländer sind für die Anhörungsverfahren zur WRRL formal zuständig. Nur bei den Bundesländern ist ausreichendes Personal vorhanden, um die Stellungnahmen auch tatsächlich inhaltlich zu bearbeiten. Die auf vertraglichen Vereinbarungen zwischen den Bundesländern beruhenden Einrichtungen wie der FGG Elbe übernehmen eine rein koordinierende Funktion.

Die Öffentlichkeit muss in der gesamten für den Bewirtschaftungsplan ausschlaggebenden Flussgebietseinheit angehört werden. Stellungnahmen aus Teilen der Öffentlichkeit, die nicht im Flussgebiet beheimatet ist, aber Bezüge zum Flussgebiet hat (z.B. als Urlaubsort), dürften nicht unzulässig sein. Ähnliches gilt bei Küstengewässern, die sich unabhängig von ihrer Zuordnung gegenseitig beeinflussen.

In der WRRL wird der Begriff Öffentlichkeit nicht definiert, doch findet sich in Artikel 2 (d) der SUP-Richtlinie (2001/42/EG) eine Definition, die auch für die WRRL anwendbar ist: "Eine oder mehrere natürliche oder juristische Personen und, in Übereinstimmung mit den innerstaatlichen Rechtsvorschriften oder der innerstaatlichen Praxis, deren Vereinigungen, Organisationen oder Gruppen." Das heißt der Anhörungsprozess steht jedem offen.

Die Stellungnahmen der Öffentlichkeit müssen nach dem LWG und der WRRL schriftlich erfolgen, z. B. in Papierform per Post oder durch Email. Für Einwendungen nach 132 Abs. 4 LWG besteht die Möglichkeit, die Stellungnahmen zur Niederschrift bei der Flussgebietsbehörde abzugeben.

Ein darüber hinaus gehendes Recht auf Akteneinsicht ist durch das Informationsfreiheitsgesetz (IFG) und die Umweltinformations-Richtlinie gesichert.

Zur Bekanntmachung wird das Amtsblatt SH genutzt, dass vor allem auf die Veröffentlichung im Internet verweisen sollte, um den Zugriff und die Stellungnahme zu erleichtern.

Es kann davon ausgegangen werden, dass durch die WRRL-Beiräte und WRRL-Arbeitsgruppen ein großer Teil der Personen, die potenziell eine Stellungnahme in einer der drei Anhörungsverfahren abgeben würden, Zugriff auf die relevanten Dokumente hat. Die weitere Veröffentlichung der Dokumente erfolgt daher generell in einem abgestuften Verfahren:

- Pressemitteilung des Ministeriums
- Artikel im WRRL-Infobrief
- Downloadmöglichkeit der Dokument-Langfassungen in www.wasser.sh
- Auslegung im MLUR
- Vorstellung der Langfassungen in WRRL-Beiräten zur Darstellung:
 - der Ziele der Anhörung;
 - des Arbeitsprozesses (zur Erreichung der Ziele von Artikel 14) und ihre jeweilige Rolle;
 - der Vorbedingungen (Aufgabenbeschreibung) für ihre Beteiligung;
 - der Verfügbarkeit und Relevanz der vorliegenden Daten;
 - der Kommunikationsplanung.
- Befassung der Langfassungen in den WRRL-Arbeitsgruppen

Dies bedeutet im Umkehrschluss: von einer breiten Verteilung von gedruckten Langfassungen wird abgesehen.

7. Anhörung zum Arbeitsprogramm / Zeitplan

Spätestens Ende 2006 muss die Öffentlichkeit über den Zeitplan und das Arbeitsprogramm zur Aufstellung des Bewirtschaftungsplans sowie über die geplanten Anhörungsmaßnahmen informiert und dazu in der gesamten Flussgebietseinheit angehört werden.

§ 132 LWG, Absatz 1:

Spätestens drei Jahre vor Beginn des Zeitraums, auf den sich der Bewirtschaftungsplan bezieht, werden der Zeitplan, das Arbeitsprogramm für die Erstellung des Bewirtschaftungsplans und die zu treffenden Anhörungsmaßnahmen veröffentlicht.

Den relevanten Interessengruppen und der Öffentlichkeit sollte ein Überblick über die geplanten Schritte zur Aufstellung des Plans (Datensammlung, Bewertung, Zielfestlegung, Entscheidung zu den Maßnahmen) und die dabei beteiligten Behörden und Stellen gegeben werden.

Die Veröffentlichung erfolgt wie unter Punkt 6 beschrieben. Mündliche Anhörungen über die Befassung in Beiräten und Arbeitsgruppen hinaus werden nicht durchgeführt.

Anhang 2 des Grobkonzepts zeigt den Entwurf der Anhörungsdokumente.

8. Anhörung zu den wichtigen Wasserbewirtschaftungsfragen

Im zweiten Anhörungsschritt soll bis spätestens Ende 2007 ein vorläufiger Überblick über die für die Flussgebietseinheiten wichtigen Wasserbewirtschaftungsfragen veröffentlicht werden. Diese für die Flussgebietseinheit wesentlichen Aspekte werden sich der Analyse der Bestandsaufnahme des Gewässerzustandes, und der danach folgenden Diskussion der Zielfestlegungen (unter Inanspruchnahme der Ausnahmemöglichkeiten der WRRL) und der erforderlichen Maßnahmen entnehmen lassen.

§ 132 LWG, Absatz 2:

Ein Überblick über die für das Einzugsgebiet festgestellten wichtigen Fragen der Gewässerbewirtschaftung wird spätestens zwei Jahre vor Beginn des Zeitraums, auf den sich der Plan bezieht, veröffentlicht.

Die Veröffentlichung erfolgt wieder wie unter Punkt 6 beschrieben. Mündliche Anhörungen über die Befassung in Beiräten und Arbeitsgruppen hinaus werden nicht durchgeführt.

9. Anhörung zu den Bewirtschaftungsplänen, §§ 132 und 133 LWG

Spätestens Ende 2008 beginnt die dritte Stufe der Anhörung der Öffentlichkeit zu den Entwürfen der Bewirtschaftungspläne. Solche Pläne, vor allem jene für größere Flussgebietseinheiten, werden aus umfangreichen Unterlagen mit Karten bestehen.

§ 132 LWG, Absatz 3:

Entwürfe des Bewirtschaftungsplans werden spätestens ein Jahr vor Beginn des Zeitraums, auf den sich der Plan bezieht, veröffentlicht. Auf Antrag wird von der zuständigen Behörde Zugang zu Hintergrunddokumenten und -informationen, die bei der Erstellung des Bewirtschaftungsplanentwurfs herangezogen wurden, nach den Vorschriften des Umweltinformationsgesetzes gewährt.

Zum Maßnahmenprogramm als solchem regelt die WRRL keine eigenständige Anhörung der Öffentlichkeit. Stattdessen ist aber das UVP-Gesetz zu berücksichtigen, siehe unten.

Die WRRL sieht auch keine separate Anhörung der Öffentlichkeit zur Bestandsaufnahme vor, die zusammengefasst in den Bewirtschaftungsplan aufzunehmen ist.

Da Artikel 14 Abs. 1 S. 2 WRRL die Anhörung der Öffentlichkeit zum Bewirtschaftungsplan für die gesamte Flussgebietseinheit zwingend vorschreibt, stellt sich mindestens an der Elbe die Frage nach einer internationalen Koordinierung dieser Anhörung. Diese Aufgabe übernimmt die FGG mit der Geschäftsstelle in Magdeburg, siehe Kapitel 5.1. Weiterhin ist die Frage der vorzulegenden Unterlagen (internationaler Bewirtschaftungsplan für die Elbe) zu beantworten. Geplant ist eine Strukturierung in einen übergreifenden Teil, in dem die wesentlichen Merkmale der Flussgebietseinheit sowie die für die gesamte Flussgebietseinheit relevanten Belastungsfaktoren und entsprechenden Maßnahmen dargestellt werden, sowie in ergänzende, detailliertere Teilpläne, die sich auf nationale oder auch grenzüberschreitend nach hydrologischen Gesichtspunkten abgegrenzte Bearbeitungsräume beziehen. Der von der Richtlinie geforderte kohärente Überblick für eine gesamte Flussgebietseinheit ergibt sich also erst aus der Zusammenschau des übergreifenden Teils und der ergänzenden nationalen Beiträge.

Ansonsten erfolgt die Bekanntmachung analog zu Punkt 6.

10. Strategische Umweltprüfung (SUP) zu den Maßnahmenprogrammen

Für die Maßnahmenprogramme (die national festgelegt und international koordiniert werden müssen) enthält die WRRL keine Pflicht zur Anhörung. Die Maßnahmenprogramme sind gemäß Anhang VII WRRL zusammengefasst im Bewirtschaftungsplan enthalten.

Am 29. Juni 2005 ist das Bundesgesetz zur Einführung einer Strategischen Umweltprüfung (SUPG) in Kraft getreten, das die SUP in das bestehende UVP-Gesetz integriert. Damit werden bestimmte Pläne und Programme zukünftig vor ihrem Erlass einer vertieften Überprüfung ihrer Auswirkungen auf die Umwelt unterzogen. Im Gesetzgebungsverfahren wurde von einer Aufnahme der Bewirtschaftungspläne nach WRRL von einer SUP-Pflicht ausdrücklich Abstand genommen. Bei der Erarbeitung der Bewirtschaftungspläne kann also nach der Rechtslage auf eine SUP verzichtet werden.

Bei der Aufstellung der Maßnahmenprogramme, die als Zusammenfassung auch im Bewirtschaftungsplan enthalten sind (§ 36 b Abs. 2 WHG), wird dagegen eine strategische Umweltprüfung mit entsprechender Öffentlichkeitsbeteiligung durchzuführen sein. Dies ergibt sich aus den Vorschriften des § 36 Abs. 7 Satz 3 WHG und § 14 o UVPG. Die landesrechtliche Umsetzung erfolgt durch das LSUPG und durch eine Ergänzung des § 131 Abs. 1 LWG im Rahmen des Artikelgesetzes zur Einführung einer Strategischen Umweltprüfung, das im ersten Kabinettdurchgang am 26.9.06 beraten wird.

Für die SUP ist eine Umweltprüfung des Programms hinsichtlich dessen erheblicher Umweltauswirkungen und in Bezug auf Alternativen durchzuführen, ein Umweltbericht über diese Prüfung zu erstellen, die Öffentlichkeit zum Planentwurf und zum Umweltbericht einzubinden. Bislang haben sich keine Hinweise ergeben, dass die Öffentlichkeitsbeteiligung zur SUP der Maßnahmenprogramme nicht mit dem Anhörungsverfahren zu den Bewirtschaftungsplänen kombiniert werden könnte.